

Funkstille bei Campus FM



Wird seit März 2016 in vielen Essener WG Küchenradios vermisst: Das Programm von Campus FM. (Grafik: mehu)

Die Sanierung des Gebäudes R12 am Essener Campus ist in vollem Gange. Viele Fachbereiche mussten ab März 2016 in die Weststadttürme am Berliner Platz umziehen. So auch Campus FM, das offizielle Hochschulradio der Universität Duisburg-Essen (UDE) und der Folkwang Universität der Künste. Eine Sendeantenne musste im Zuge des Umzugs vom Dach verschwinden und der UKW-Betrieb vorübergehend eingestellt werden, bis ein neuer Standort für sie gefunden ist. Bis heute sendet das Radio in Essen nicht, zum Leidwesen der ehrenamtlichen Redakteur*innen und Hörer*innen.

Wenn im Wald ein Baum umfällt und es niemand hört, gibt es dann ein Geräusch? Eine philosophische Frage. So oder ähnlich dürften sich seit über einem Jahr die Redakteur*innen von Campus FM vorkommen. Denn die Frequenz 105,6 MHz ist seit dem Umzug zum Berliner Platz tot. Gesendet wird seitdem nur noch in Duisburg auf 104,5 MHz und im Online-Stream. Ein Link in der offiziellen UDE-App führt auch Campus FM, wenn er denn funktionieren würde. Kurz nach dem Umzug sei die Suche nach einem neuen Standort für die Antenne mit Schwung angeschoben worden, bestätigt Klaus Solbach vom Fachgebiet Hochfrequenztechnik an der UDE, der die Antennen betreut und

Ansprechpartner für die Redakteur*innen des Hochschulradios ist. Solbach schildert das damalige Vorgehen zur Sanierung des Gebäudes R12 so: „Wir haben unsere Geräte aus dem darunterliegenden Raum entfernt und in Sicherheit gebracht. Daraufhin haben wir das Baudezernat der Uni gebeten, einen geeigneten Platz für die Antenne zu finden.“ So wurde zum Beispiel das Dach vom T03-Gebäude besichtigt, wo unter anderem das Rektorat beheimatet ist. Der Plan sei gewesen, dass Fachleute die Kosten schätzen und eine Kommission Aufträge erteilen sollte. Das sei nicht geschehen, sagt Solbach und fügt hinzu, dass sich das Baudezernat heute nicht mehr daran erinnern könne, dass das so vereinbart worden wäre.

Mit der Antenne alleine ist es nicht getan. Am vorherigen Standort im Gebäude R12 wurde eine teure Glasfaserleitung vom Studio direkt zur Antenne verlegt, damit das Signal aus dem Studio schnell und in bester Qualität gesendet werden kann. Eine Antenne auf dem Dach der Weststadttürme kommt nicht in Frage, da die UDE das

Gebäude nur gemietet hat und daher bauliche Veränderungen nicht genehmigt werden können. Ein weiteres Problem ist die Technik, denn das Dach ist komplett mit Metall verkleidet. Das bedeutet, dass die Antenne in einer gewissen Höhe angebracht werden müsste, damit es zu keinen Störungen in der Übertragung kommt. Solbach glaubt, dass es der Universität schlicht zu teuer ist und ein neuer Standort unerwünscht sei, andererseits räumt er selbstkritisch ein „da nicht hinterher gewesen zu sein.“ Bis Redaktionsschluss war Ute Nieskens, Architektin der UDE, die damals mit in die Planungen und Besichtigungen involviert war, nicht zu erreichen.

Keine Reichweite in Essen

Die Redaktion von Campus FM fühlt sich derweil alleine gelassen. Niklas Ruddigkeit, langjähriger Redakteur, sagt: „Manche von uns haben den Eindruck, von Seiten der Hochfrequenztechnik und der Uni-Verwaltung nicht ernst genommen zu werden. Zum Zeitpunkt des Umzugs im März 2016 war nicht abzusehen, dass die Geschichte so langwierig wird.“ Zudem hat die fehlende Reichweite noch eine gravierende Konsequenz: Die Bekanntheit auf dem Campus. Viele kennen das Radioformat gar nicht, bestätigt auch Niklas: „Das ist sicherlich ein Faktor“, sagt er. Das Uni-Radio lebt vom ehrenamtlichen Engagement der Studierenden. Die erfahrenen Redakteur*innen geben

Streit um Nahost-Referenten



Zwei Blicke auf die Vortragenden einer AStA-Veranstaltung zeigen: BDS-Unterstützung und Terrorisimusverherrlichung. Mehr dazu auf Seite 7.

Frauen* auf der Bühne



Ebenfalls männlich dominiert: Die Bühne des Campusfest. Über talentierte Frauen* und ihre Unterrepräsentation auf Seite 6.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

ihr Wissen an die neuen weiter und durch die fehlende Präsenz im Essener Sendegebiet ist es nicht einfach, sich für interessierte Studierende zu empfehlen. Denn neben den Fähigkeiten bekommt man weitere spannende Einblicke: Campus FM ist ein eingetragener Verein, was bedeutet, dass auch die Verantwortlichkeiten unter den Redakteur*innen aufgeteilt werden. Es gilt den Vorstand zu besetzen, repräsentativ tätig zu sein und die Finanzen zu verwalten. Für Niklas ist es aber noch mehr als das: „Mir persönlich hat die Mitarbeit bei Campus FM schon viel gebracht. Neben echten Freundschaften, die sich im Laufe der Zeit entwickelt haben, gehören auf jeden Fall das Gemeinschaftserlebnis und Vereinsleben dazu. Dazu gehören aber auch Dinge wie Verantwortung zu übernehmen oder sich für eine Sache einzusetzen.“

Die Universität und die Hochfrequenztechnik sollten bald eine Lösung finden. Denn die Arbeit der Redakteur*innen ist es wert und sollte von allen Beteiligten angemessen geschätzt werden. [mehu]

Der Autor war bis zum vergangenen Jahr selbst Redakteur bei Campus FM.

Rambazamba im AStA

Kommentar

Man könnte ein Haus kaufen

von Maren Wenzel

Mittlerweile gibt das ehemalige Kunst- und Kulturcafé (KKC) auf dem Essener Campus ein immer traurigeres Bild ab. Seit Sommer 2015 hängt das „Zurzeit geschlossen!“-Schild vor zugezogenen Jalousien. Jetzt trafen sich der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) und das Studierendenwerk, das die Kneipe zuletzt betrieb, zu Gesprächen. Was auf der AStA-Sitzung herauskam: Die Studierenden sind weiterhin dafür offen, nicht wenig Geld in die Sanierung des wegen Baumängeln geschlossenen KKC zu stecken. Ein schlechter Deal.

Die Sanierung des KKC wird einige Millionen kosten und es bleibt fraglich, wie hoch der Batzen von Seiten der Studierenden sein soll. Dabei ist es offensichtlich, wer eigentlich für die Bauarbeiten aufkommen müsste: Das Land NRW über den Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB), der offiziell für das Gebäude verantwortlich ist. Das Problem: Der will nur „minimal“ sanieren – das heißt, einen Seminarraum draus zu machen.

Das Studierendenwerk hat ein Interesse daran, dass der Raum, an dem es die alleinigen Nutzungsrechte hat, wieder zur Gastronomie wird – der liebe Umsatz durch das Tagesgeschäft winkt. Deshalb verspricht es den Studierenden großzügig Mitgestaltungsrechte am Programm, um sich dann an weiteren studentischen Geldern bedienen zu können. Der AStA als Vertretung der Studierenden soll also hunderttausende Euro für ein Objekt zahlen, an dem die Studierenden derzeit keinerlei Nutzungsrechte haben und wofür eigentlich jemand anderes zahlen sollte – nämlich das Land und das Studierendenwerk selbst.

Es ist dreist vom Studierendenwerk, auf das Entgegenkommen der Studierenden zu hoffen. Anfang 2012 hatte es in einer Nacht- und Nebelaktion die Nutzungsrechte von am selben Tag durch die Studierenden abgewählten (!) Studierendenvertreter*innen für einen Kleckerbetrag von 25.000 Euro erkaufte. Davor wurde das KKC, ehemals Bierschwemme genannt, seit der Erstretung im Jahr 1990 von Studierenden betrieben. Jetzt soll auch noch Mitgestaltung zurück erkaufte werden müssen.

Selbst wenn man im AStA hohe Rücklagen abbauen will: Mit den Summen, über die da gerade spekuliert wird, könnte man in der Nachbarschaft der Universität ein ganzes Mehrfamilienhaus kaufen und zum Projekt machen. Das könnte einem dann keine*r so schnell wieder wegnehmen. Auch kein Studierendenwerk, das gerade die Gespräche sucht. Es bleibt zu hoffen, dass der AStA sich nicht über den Thesen ziehen lässt.



Zoff auf der AStA-Sitzung: Wird ein Referent bald abgewählt? (Foto: fro)

Im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der Universität Duisburg-Essen weht derzeit ein rauer Wind. Auf der vergangenen Sitzung am Dienstag, 11. Juli, kritisierten Referent*innen die mangelnde Mitarbeit einiger Kolleg*innen generell und beim Campusfest. Zudem könnte dem Verhalten eines Referenten Folgen haben. Jetzt ist von Abwahl und weiteren Konsequenzen die Rede.

„Ich verstehe nicht, wieso wir hier überhaupt über die drei Radieschen sprechen,“ sagte Alexander Steffen (Liberales Hochschulgruppe), Referent für Hochschulpolitik, während der laufenden Diskussion über das Ökologie-Referat. Lottie Behle (Grüne Hochschulgruppe) hatte das Referat kritisiert, weil sie parallel zum Campusgarten ein eigenständiges Projekt gegründet hatten, statt zu kooperieren. Nun wird Steffen vorgeworfen, sich während der Diskussion respektlos verhalten zu haben. „Sein Verhalten war nicht nur gegenüber den Mitgliedern des Campusgartens und mir selbst sehr unangebracht“, führt sie fort, sondern auch gegenüber Referent*innen, die die Hochbeete aufgebaut hätten.

Steffen selbst stimmt den Vorwürfen zu, weist aber darauf, dass er das Ökologie-Referat verteidigen wollte und „bei dem Versuch, Lottis Kritik als unsachlich und unpassend zu beschreiben, leider lachen musste“. Sein Lachen habe sich darauf bezogen, dass man nach neunstündiger Sitzung über „vertrocknete Kräuter“ spreche. „Meine Reaktion bedauere ich auch, weil mir ein professioneller und respektvoller Umgang sehr wichtig ist“, erklärt Steffen. Die Arbeit des Campusgartens bewerte er positiv, doch stünden der Aufwand und die Diskussion auf der AStA-Sitzung nicht in Relation zueinander. Gegenüber Behle habe sich Steffen über den digitalen Weg entschuldigt.

Auch die Antihelden, die im AStA unter anderem mit der LHG koalieren, stimmen dem Vorwurf der Respektlosigkeit zu und distanzieren sich öffentlich auf Facebook von Steffen, der durch „respektloses Gelächter das Fass zum Überlaufen brachte“. Weiter heißt es von ihnen: „Die gesamte Arbeit von engagierten Menschen so niederzumachen und in den Dreck zu ziehen, ist unter aller Sau!“ Über Folgen möchten sich die Antihelden

noch nicht äußern.

Die Opposition will aber, dass dem Verhalten Steffens Konsequenzen folgen: Auf der kommenden Sitzung des Studierendenparlaments stellt Nils Kriegeskorte (GHG) einen Abwahlantrag gegen Steffen. „Es ist nicht das erste Mal, dass er sich im zwischenmenschlichen Umgang mit anderen Mitgliedern des Studierendenparlaments oder mit AStA-Vertreter*innen respektlos verhalten hat“, heißt es von der Liste. Zudem würden ihm „Respekt und Anerkennung für ehrenamtliches Engagement fehlen.“ Insgesamt sei er in seinem Amt als Studierendenvertreter „untragbar“. Dem stimmen auch die Antihelden zu, doch möchten sie die Arbeit der LHG im Allgemeinen nicht pauschalisieren. Die GHG sieht darin ein größeres Problem: Der AStA – mit Ausnahme der Antihelden – sowie die LHG würden das Verhalten Steffens dulden und hätten es bislang nicht verurteilt. „Wir hoffen, dass der AStA die Gelegenheit nutzt und sich mit den Stimmen der Parlamentarier*innen im Studierendenparlament für diesen Antrag aussprechen wird, wodurch ein klares Zeichen gegen die Duldung eines solchen gesetzt werden würde“, so die GHG.

Ungleiche Arbeitsverteilung

Eine weitere lange Diskussion drehte sich um eine die Arbeitsverteilung im AStA. Das Campusfest ist gelaufen (akduell berichtete) und der AStA blickt trotz relativ geringer Besucher*innenzahl positiv auf die Veranstaltung zurück. Aber: Zu wenig AStA-Referent*innen hätten geholfen, so Ökologiereferent Dominik Dyba (Antihelden). Lediglich fünf bis sechs der insgesamt 22 Referent*innen hätten sich etwa am Aufbau beteiligt.

Auch ein Antrag von Severin Görgens vom Autonomen Fachschaftenreferat thematisierte die Arbeit der Studierendenvertreter*innen. Der Antrag „für mehr Transparenz“ wurde jedoch in einer geheimen Abstimmung abgelehnt. Der Beschluss hätte zur Folge gehabt, dass Referent*innen ein Mal im Quartal einen Bericht über ihre Tätigkeit hätten verfassen müssen. Zwar wurde betont, dass die Berichte die Motivation erhöhen könnten. Doch hätte dies laut AStA-Mitgliedern einen negativen Unterton und würde den Verdacht unterstellen, einige Referent*innen arbeiteten nicht. **[fro]**

Kontroverse um Studiengebühren in NRW

Die neue Landesregierung aus FDP und CDU will in Nordrhein-Westfalen Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen einführen (akduell berichtete). Damit hat die NRW-Koalition eine kontroverse Debatte um die Finanzierung von Bildung angestoßen. An der Ruhr-Universität stürmten Studierende bei einem Auftritt von FDP-Chef Christian Lindner die Bühne; betroffene Hochschulen diskutieren das Thema öffentlich und im Landtag erhalten CDU und FDP für ihre Pläne Zustimmung von der AfD. Ein Überblick.



Christian Lindner polarisiert und stößt dabei auf immer härtere Fronten. (Foto: dpe)

Als Christian Lindner am Dienstag, 11. Juli, auf Einladung der Jungen Liberalen Ruhr-Uni über die „Zukunft der Hochschulen“ sprechen sollte, war die Kontroverse abzusehen. „Lindner – Bildung nur für Reiche“ hatten mutmaßlich Studierende an die Wand neben dem Eingang gesprüht, auch hochschulpolitische Listen hielten eine Kundgebung ab. Öffentlichkeitswirksame Proteste spielten sich vor allem im Hörsaal ab. Als Lindner die Bühne betrat, taten es ihm Studierende mit Transparent und Schildern gleich. Weitere standen im Publikum. Sie forderten: „No Border, No Nation, Free Education“ und er ließ sie mit den Worten „Herzlich Willkommen bei der Partei der Meinungsfreiheit“ gewähren.

Erst diskriminierend, dann doch nicht?

Es ist eins von vielen Beispielen für den Aufstieg von Lindners FDP. Mit rhetorischen Mitteln nahm er den Protestierenden das Heft aus der Hand als er etwa „internationale Solidarität“ mit jungen Erwachsenen aus Entwicklungsländern beschwor. Eine überwiegende Mehrheit quittierte viele Ausführungen Lindners mit Beifall, wie etwa zu den schlechten Studienbedingungen an NRWs Hochschulen. Applaus gab es auch, als er den Protest auf der Bühne mit dem Führungsstil des verstorbenen, sozialistischen Präsidenten von Venezuela, Hugo Chávez, verglich, der das Land in „Armut, Abschottung und Unterdrückung“ geführt habe.

Derweil sieht sich die Landesregierung dem Vorwurf des Rassismus ausgesetzt – auch von Betroffenen, wie dem Bund ausländischer Studierender, deren Zukunft in der Schwebe hängt. In Bochum wies Lindner diese Anschuldigungen als „Totschlagargument der Linken“ zurück. Dabei hat die FDP-Fraktion – unterschrieben von Lindner persönlich – vor der Landtagswahl am 15. März 2017, einen Entschließungsantrag formuliert, in dem sie das Beispielmodell aus Baden-Württemberg als „diskriminierende Studiengebühren für Ausländer“ bezeichnete. Die Initiative Nein zu Studiengebühren sieht darin, eine Doppel-

moral: „Wenn man selbst an der Umsetzung arbeitet, ist es dann etwas völlig anderes?“, hatten sie auf ihrer Facebook-Seite am 10. Juli gefragt.

Auch aus der Studierendenschaft regt sich Widerstand, wie es vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren heißt. Sie kündigen an: „Studiengebühren egal welcher Form wird es nicht ohne unsere Proteste geben.“ Auch die Aussagen von Christian Lindner, die Protestierenden würden sich nicht für verbesserte Studienbedingungen einsetzen, stößt auf Kritik: „Diese Aussage diffamiert die tägliche Arbeit in den Studierendenschaften“, kommentiert Katrin Lögering, Koordinatorin des Landes-ASTen-Treffens NRW, die Vorwürfe.

Angst um Internationalisierung

Kritik kommt auch von verschiedenen Hochschulen, die sich um ihre internationale Ausrichtung sorgen, so etwa die Hochschule Rhein-Waal. Diese hat in einer Pressemitteilung vom 13. Juni Bedenken geäußert, denn dort kommen 41 Prozent der Studierenden aus Nicht-EU-Ländern. Es müsse möglich sein, „weltweit alle Talente einladen [zu] können, in Deutschland zu studieren – unabhängig von den Einkommen der Eltern“, so die Hochschule Rhein-Waal. Ob unter die Ausnahme-Regelungen der Landesregierung tatsächlich alle bedürftigen Studierenden fallen, bezweifelt sie.

Denn laut der Hochschule fehle es „an einer systematischen Möglichkeit in Deutschland, die soziale Bedürftigkeit der Studierenden aus dem Nicht-EU-Ausland belastbar und schnell zu prüfen.“ Die Hochschule erwartet, dass „die generelle Kategorie ‚Herkunft aus einem Entwicklungsland‘ nicht ausreichen werde, um entsprechend zu differenzieren. Sie sieht eine enorme Mehrbelastung im Verwaltungsaufwand auf sich zukommen, die sie „in ihrem Handeln“ beschränken werde.

Besonders betroffen sind auch Kunst- und Musikhochschulen, an denen oft Nicht-EU-Ausländer*innen studieren. Die Landesrektorenkonferenz dieser Universitäten hält sich mit Kritik noch zurück, auch

wenn ihr Sprecher, Thomas Grosse, sagte, dass „viele ausländische Studenten beim Studium in Deutschland bereits erheblichen finanziellen Belastungen ausgesetzt“ seien. Den grundsätzlichen Ansatz, die Qualität der Studienbedingungen zu verbessern, begrüße man jedoch. Der Rektor der Universität Bielefeld, Gerhard Sagerer, warnt hingegen davor, die Aktivitäten der vergangenen Jahre auszu-bremsen, habe man sich doch „verstärkt um Internationalisierung bemüht“. In Bielefeld wären von der Regelung mit 1.200 etwa 5 Prozent der Studierenden betroffen.

Hitzige Landtagsdebatte

Derweil wurde am Mittwoch, 12. Juli im Plenum des Landtages auf Antrag von Grünen und SPD über die Pläne diskutiert und ein Gesetzesentwurf der SPD dem Wissenschaftsausschuss übermittelt. Dietmar Bell (SPD) nannte die Versprechen der Landesregierung, dass mittelfristig 100 Millionen Euro für die Hochschulen zusammen kommen würden, „ein unseriöses Versprechen“. Matthi Bolte (Grüne) ergänzte: „CDU und FDP haben die Öffentlichkeit vor den Wahlen getäuscht“, weil die CDU Studiengebühren vor der Wahl ausgeschlossen hatte und die FDP das Modell aus Baden-Württemberg diskriminierend nannte.

Die Fraktionen der CDU, FDP und AfD verteidigten die Pläne der Landesregierung. Stefan Berger (CDU) verwies darauf, dass Studiengebühren selbst im EU-Ausland zur Normalität würden. Die „Behauptung, die Internationalisierung der Hochschulen sei gefährdet, ist in Anbetracht dieser Fakten absurd“, sagte er. Dem schloss sich Moritz Körner (FDP) an: „Da sind wir mit unseren 1.500 Euro immer noch maßvoll, gerecht und wettbewerbsfähig“, gab er zu Protokoll. Martin Vincentz (AfD) schloss die Runde ab, als er sagte: „Dem Vorhaben können wir als AfD nur zustimmen.“ Auch die parteilose Ministerin für Kultur und Wissenschaft, Isabel Pfeiffer-Poensgen, versprach, es werde einen ausgewogenen Gesetzesentwurf geben, der die Studienbedingungen nachhaltig verbessere.

[dpe]

Fzs: Streit um Entscheidungshoheit

Auf der Sitzung des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) am vergangenen Dienstag, 11. Juli, wurde lebhaft diskutiert. Mitunter wegen eines angenommenen Antrags, der die Mitgliedschaft im freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) in eine Fördermitgliedschaft umwandeln soll. Opposition und auch einige Mitglieder des AStAs sehen damit den Beschluss des Studierendenparlaments (StuPa) zum Verbleib im fzs untergraben.

Der Ursprung des Konflikts liegt lange zurück. Im vergangenen November wurde eine Urabstimmung zur Verlängerung des Vertrags mit dem Fahrradverleihdienst Nextbike und dem Verbleib im fzs durchgeführt (akduell berichtete). Für bindende Konsequenzen hätten mindestens 20 Prozent der eingeschriebenen Studierenden abstimmen müssen. Von dem Quorum war man am Ende jedoch weit entfernt – die Entscheidung ging über zum StuPa. Dort stimmte man mehrheitlich für den Verbleib im fzs (akduell berichtete).

Jetzt dreht es sich um die Frage: Wird durch den aktuellen Beschluss des AStAs, die normale fzs-Mitgliedschaft in eine Fördermitgliedschaft umzuwandeln, der vorangegangene StuPa-Beschluss torpediert? Ja, sagen einige AStA-Parlamentarier*innen und die Opposition. Nein, sagen Teile der AStA-tragenden Listen, die für den Antrag stimmten. „Wir stehen zu dem StuPa-Beschluss. Deswegen hat Alexander Steffen auch nur eine Veränderung der Mitgliedschaft beantragt. Der AStA bleibt weiter Mitglied, aber eben Fördermitglied“, erklärt die Liberale Hochschulgruppe (LHG). Mit der Fördermitgliedschaft würde der AStA dem fzs symbolisch einen Euro pro Jahr zusteuern. Die normale Mitgliedschaft ist mit Kosten von etwa 30.000 Euro verbunden. Aber: Bei einer Fördermitgliedschaft hätte der AStA der UDE nicht mal mehr ein Stimmrecht im Zusammenschluss.

Dabei weht der LHG auch aus Reihen der AStA-tragenden Listen Kritik entgegen. Corinna Kalkowsky (Antihelden) kritisiert, der Beschluss verändere die Mitgliedschaft im fzs und somit etwas, das im StuPa vorher beschlossen und verschriftlicht wurde, da es finanzielle Mittel der Studierendenschaft über ein Haushaltsjahr hinaus binde. „Aus meinem Rechtsverständnis heraus kann der AStA nicht einfach einem StuPa-Beschluss entgegenwirken, beziehungsweise ihn inhaltlich nachträglich abändern. Ein AStA-Referent und Parlamentarier sollte dies eigentlich wissen. Entsprechend hätte man sich informieren können – §8 Punkt 10 der Satzung der Studierendenschaft ist hier recht eindeutig“, so Kalkowsky. Laut ihrer Aussage entscheide das StuPa nämlich über „Maßnahmen, welche die

Studierendenschaft zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren verpflichtet.“ Zustimmung zu ihrer Einschätzung erhält sie von der Opposition, allen voran der Grünen Hochschulgruppe (GHG).

Wie geht's weiter?

Kritiker*innen des Beschlusses sind jedoch hinsichtlich der Umsetzung gelassen. „Der Beschluss ist schlicht nicht rechtskräftig und kann damit nicht umgesetzt werden. Wer sich selbst gerne öffentlich diskreditieren möchte, kann diesen Beschluss meinetwegen natürlich gerne versuchen umzusetzen. Sollte das geschehen, gibt es immer noch Handlungsoptionen“, meint Kalkowsky. Die GHG sieht nun den AStA-Vorsitz in der Verantwortung, den Beschluss zu beanstanden. StuPa-Parlamentarier Marcus Lamprecht (GHG) ergänzt: „Darüber hinaus bezweifeln wir, dass der

chen nicht gerade für eine Zustimmung durch den fzs. In dieser Form wäre es mehr eine Spott- als eine Fördermitgliedschaft.“

Umstrittener Zusammenschluss

Die Position zum fzs ist umstritten. Die LHG kritisiert: „Die Mitgliedschaft kostet 30.000 Euro im Jahr und die Studierendenschaft hat überhaupt keinen Nutzen. Anders als das Landes-ASten-Treffen hat der fzs bei wichtigen landespolitischen Entscheidungen geschwiegen und sich nicht eingebracht.“ AStA-Referent Christian Patz (listenlos) übt ebenfalls starke Kritik am fzs. „Nur wenig Studierende werden erreicht und es wird auch nichts getan, um daran etwas zu verbessern. Mein Hauptproblem aber sind die diskriminierenden Strukturen innerhalb des Verbandes“, so Patz. Er erzählt von einem Studenten, der ohne Begründung von einer Veranstaltung des fzs verwiesen wurde und auch außerhalb der Sitzung habe er „einfach menschenfeindliche Ansichten“ von Personen mitbekommen, die gut mit dem Kern der Vertreter*innen vernetzt seien. Bei einem Antrag zu DiTiB-kritischen Veranstaltungen seien außerdem Besucher*innen von Moscheen beleidigt und als mögliche Terrorist*innen pauschalisiert worden. „Ein Verband aber, der es nicht schafft, zwischen Menschen, die ihre Religion ausüben möchten, und Menschen, die die Religion für ihre Machtzwecke missbrauchen wollen, unterscheiden zu können, ist kein Verband, in dem die Universität Duisburg-Essen gut aufgehoben ist“, konkretisiert Patz seine Kritik.

Die GHG erklärt zwar, der fzs sei „immer umstritten gewesen“, sieht jedoch auch Entwicklungspotenzial. „Ein Austritt führt nur dazu, dass eine bundesweite studentische Stimme an Gewicht verliert. Der fzs wird in Presse und Parlamentsausschüssen als eine solche anerkannt. Nach außen scheint diese Wirkung nicht sichtbar, dennoch arbeitet der Vorstand an der politischen Meinungsbildung mit“, erklärt Lamprecht. Er führt an, dass sich der

fzs auch in verschiedenen Bündnissen wie dem Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren aktiv einbringe und Projekte unterstütze, die zum Abbau von Diskriminierung beitragen. Auch Kalkowsky wirbt dafür, dass Studierende mehr Angebote des fzs nutzen, erklärt jedoch gleichzeitig: „Bei sachlicher Kritik – die sich nicht auf Desinteresse an Vernetzung oder Stärkung der Selbstverwaltung stützt und der ein ernsthaftes Auseinandersetzen mit dem fzs vorausging – kann ich aber viele Argumente und das Bedürfnis, das Geld direkter für unsere Studierenden zu nutzen, nachvollziehen.“ [dav]



Der AStA will keine 30.000 Euro mehr an den fzs zahlen. (Foto: dav)

fzs diesen Beschluss als rechtsgültig anerkennen wird.“

Für die Umwandlung in eine Fördermitgliedschaft bedarf es nämlich der Zustimmung des fzs. Die LHG sieht darin kein Problem. Die Liste erklärt: „Neben der Mitgliederversammlung kann auch der Ausschuss der Student*innenschaften darüber entscheiden. Wir können uns nicht vorstellen, warum eines dieser Gremien dagegen stimmen sollte. Schließlich erfüllen wir alle Vorgaben der Satzung.“ Die GHG hingegen glaubt nicht daran, dass sich der fzs mit dem Beschluss anfreunden wird: „Nicht nur das Vorgehen, sondern auch die Beitragshöhe von einem Euro spre-

Digitalisierung ohne Absprache



Vermeintliche Digitalisierung des Semestertickets – unpraktisch für Studierende. (Foto: lys)

Zuerst Studierende, dann alle Pendelnden? Der Verkehrsbund-Rhein-Ruhr (VRR) strebt laut Aussagen gegenüber Studierendenvertretern bis 2020 eine allgemeine Ticketreform zu Gunsten des Smartphones an, von der Studierende an der Universität Duisburg-Essen (UDE) bereits seit Ende letzten Jahres betroffen sind. Im Namen der Digitalisierung gibt es das Semesterticket seitdem nur noch als App auf dem Smartphone oder als ausgedruckte PDF-Datei, also als QR-Code. Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) positionierte sich dagegen für das Ticket auf dem Studierendenausweis.

Seit Oktober 2016 werden an der UDE keine Studierendenausweise mehr ausgestellt, die das Semesterticket zur Nutzung des geschriebten dazu gesamten Nahverkehrs in NRW direkt auf der Chipkarte enthalten. Der AStA der UDE schreibt auf seiner Homepage jedoch, dass „der PDF-Ausdruck und die Ticket-App immer wieder Probleme bereiten“. Vielen Studierenden sei es passiert, dass der QR-Code in Bussen oder während Kontrollen in der Bahn nicht scannbar war. Situationen, in denen das vorkam, werden seit einiger Zeit als Fallbeispiele unter semesterticket@asta-due.de gesammelt, um Druck auf das Studierendensekretariat und die Verkehrsbetriebe auszuüben, die für die Erstellung der Tickets verantwortlich sind.

Gespräche und keine Handlung

Zum Gespräch zwischen der Studierendenvertretung, der Via – dem Verkehrsgesellschaftsverband der Städte Essen und Mülheim – und Universitätsverwaltung am 11. Juli erklärt AStA-Vorsitz Gerrit Tapper (Unabhängige Demokraten) in der öffentlichen Asta-Sitzung vom selben Tag: „Da wurde uns von Seiten der Verkehrsbetriebe ganz klar gemacht: Es wird keinen Weg zurück zum Ticket auf der Chipkarte geben.“ Begründet wurde die Entscheidung mit dem Vorhaben des VRR, alle Tickets bis 2020 auf das Smartphone anzupassen. „Es wurde gesagt, dass der alte AStA ja der Umstellung des Tickets auf das Smartphone zugestimmt hätte. Ich habe mehrfach gesagt, dass das eine Lüge ist“, beschreibt Tapper weiter das Gespräch.

Der Aussage, der vormalige amtierende AStA habe der Umstellung zugestimmt, widerspricht auch die damals AStA-tragende Liste und jetzige Opposition Grüne Hochschulgruppe (GHG). Die GHG verweist darauf, dass nach Drängen der Via und des Studierendensekretariats dem Smartphone-Ticket als ergänzend zugestimmt wurde. Zum weiteren Vorgehen des jetzt amtierenden AStA gegen die gänzliche Umstellung erläutert Tapper: „Wir sehen jetzt keinen anderen Weg mehr als einen Rechtsanwalt einzuschalten. Schließlich ist die Studierendenschaft ja Vertragspartner.“ Ein offizielles Statement zu den Ticketverhandlungen außerhalb der AStA-Sitzung wurde bisher nicht veröffentlicht.

Auf der Homepage der Via ist ebenfalls nichts zum Semesterticket zu lesen, der Vertrag zum Semesterticket wurde laut Angaben der VRR-Homepage Ende Februar 2015 geschlossen. Dort steht außerdem, dass „die Studierenden Anregungen und Wünsche eingebracht [hatten], welche in den neuen Vertrag aufgenommen [...] wurden.“ Dazu gehörte die Integration der Fahrradmitnahme und die Erhöhung des Beitrags um 3,90 Euro bis 2019. Auch an anderen Stellen wird betont, dass die Studierendenschaft mitgestalten könne und dass jeder Vertragspartner das Recht besäße, Abstimmungen gegen Angebote vorzubringen. Der VRR berichtet von weitestgehend positiven Abstimmungsergebnissen, was eventuell mit der Kooperation, die bereits im Aushandlungsprozess stattfand, zusammenhing.

Das Vorgehen der Via, bei der App-Entwicklung die Studierendenschaft nicht zu Rate gezogen zu haben, wurde bereits kurz nach der Einführung von studentischen Vertretungen kritisiert (aktuell berichtete). Zukünftig streben VRR und Via eine komplette App-Offensive an. Der VRR nennt es „digitale Entwicklungen nutzen, um Fahrgästen den Zugang und die Nutzung [...] erleichtern“. Angesichts zerfledderter ausgedruckter QR-Codes, Stress mit Kontrolleur*innen oder Nachzeigstellen, wenn der Akku leer ist oder kein Ausdruck zur Hand, scheint die Digitalisierungsoffensive nicht praktikabel, das Statement ironisch und studentische Partizipation wie eine Imagekampagne. [lys]

Beteiligen!

SHK- und Senatswahlen



Neben der SHK-Wahlen, wo aus zwei Alternativen zwei Vertreter*innen gewählt werden, stehen auch die Senatswahlen an. Die hochschulpolitischen Listen haben ihre Kandidat*innen aufgestellt, die in der nächsten Legislaturperiode studentische Interessen in einem der höchsten Gremien der Universität vertreten sollen. Also: Ran an die Urnen, Kreuzchen machen!

↗ **Dienstag, 18. Juli, bis Donnerstag, 20. Juli, von 10 bis 16 Uhr, verschiedene Wahlstellen an beiden Campi, Eintritt frei**

Bilden!

Israelbild in Schulbüchern

Wie werden Israel und die Geschichte des Nahost-Konflikts in deutschen Schulbüchern dargestellt? Werden antiisraelische Ressentiments verbreitet und geschieht die Darstellung des Konflikts ohne doppelte Standards? Jörg Rensmann analysiert auf einer Veranstaltung des Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft das Israelbild in deutschen Schulbüchern.

↗ **Donnerstag, 18.30 bis 21 Uhr, Campus Essen, To3 Ro4 D10, Eintritt frei**

Beleben!

Urban Game Hochfeld

„Der aus dem Englischen stammende Begriff des Urban Gaming bezeichnet Spiel, das im städtischen Raum stattfindet und bei dem diese Situierung eine wesentliche Rolle spielt. Ein intendierter Effekt des Urban Gaming ist die Veränderung des Blickes auf die innerstädtische Umgebung, auf Plätze, Gebäude und Sehenswürdigkeiten.“ Wer Lust hat, sich städtischen Raum für ein paar Stunden zurückzuerobern, der schaue beim Urban Game Hochfeld vorbei. Im Fokus: Spaß sowie der Kontakt zu Anwohnenden. Infos zum Ablauf gibt es bald auf der Facebookseite der Veranstaltung.

↗ **Samstag, 22. Juli, ab 17 Uhr, Duisburg-Hochfeld, Eintritt frei**

Festivals: Reine Männersache?

Fast jedes Festival hat sie: Große Plakate zur Ankündigung der auftretenden Acts. Jetzt ein Gedankenexperiment: Wie voll wären diese Plakate, wenn man Bands, die nur aus männlichen Mitgliedern bestehen, wegstreichen würde? Das hat etwa Puls, der digitale Jugendkanal des Bayerischen Rundfunks, 2015 vorgemacht. Und heraus kam: Kaum bis gar keine. Beim diesjährigen Campusfest im „Duisterwald“ des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) am 7. Juli (aktuell berichtete) würde das Ergebnis ähnlich ausfallen. Auf der Bühne stand bei 15 Bands nur eine Frau. Was war da los?

„Die Welt ist aus Plastik und ich wickel mich damit ein“, singen die Mitglieder von Alidaxo auf der kleinen Bühne beim Campusfest. Mit auf der Bühne steht eine Frau, Backgroundsängerin Joyce. Sie gehört neben DJ und Schlagzeuger zur Live-Band, performte laut Alidaxo bei zwei Songs auf der Bühne mit. Abseits der Stages machten laut Kulturreferat noch eine Stelzenläuferin und eine weibliche Theatergruppe Stimmung beim Campusfest. Im Vergleich: Auch 2016 stand beim „Pie in the Sky“-Campusfest mit der Künstlerin Coely beim Tagesprogramm nur eine Frau auf der Stage, 2015 waren es bei der „Rummelburch“-Ausgabe zumindest noch mehrere Künstlerinnen* gewesen.

„Einen detaillierten Kriterienkatalog hatten wir für die Auswahl nicht. Oberste Priorität hatte für uns die Berücksichtigung der Wünsche der Studierenden, die uns angeschrieben haben, um bestimmte Bands live sehen zu können. Wir haben uns an viele Bitten der Studierendenschaft gehalten“, erklären das für den Duisterwald verantwortliche Kultur- und Öffentlichkeitsreferat des AStAs auf Nachfrage der aktuell. Viele Bands hätten abgesagt.

Vorwürfe statt Reflektion

Wie viele es gewesen seien, vor allem auch FLT*I (Frauen*, Lesben, Trans* und Inter), könne wegen der hohen Anfragen nicht mehr nachvollzogen werden. Auch könne keine Zahl der Frauen* auf der Bühne genannt werden, weil dies beim Nachfragen „ohne die Intimität dieser Personen zu verletzen, nicht möglich“ sei. Alle Anfragen seien aber gleich behandelt worden, betonten die AStA-Mitglieder mehrfach. Außerdem sei es „reduzierend und diskriminierend, wenn man den Frauen* oder eventuellen trans*inter-Menschen, die aufgrund der äußeren Merkmale nicht erkennbar und auf dem Campusfest waren und dieses aktiv mitgestaltet haben, keinerlei Wertschätzung und Wahrnehmung entgegenbringt.“

Kein Kriterienkatalog, kein gezieltes Nachfragen beim Booking, das eine geschlechtergerechte Bespielung der Bühnen möglich machen würde. Kritik hat der AStA vor allem für die Fragen der aktuell mit Verweis auf die Künstlerinnen* abseits der Stages übrig: „Diese Frauen erfahren durch die aktuell eine Degradierung, die wir als empörend

empfinden, weil sie für ihre Arbeit nicht gewürdigt, gar wahrgenommen werden. Auf die aktuell-Frage, wie die Überrepräsentation von als männliche gelesenen Künstlern auf der Bühne mit einer nicht diskriminierenden Studierendenvertretung vereinbar sei - könne man erst gar keine Stellung beziehen, da sie vorwerfend vorgegreife, so der AStA.

„Ich habe eher den Eindruck es wäre da überhaupt nicht drauf geachtet worden. Klar, dass Frauen*-Bands absagen, das kann immer mal passieren. Dann hätte man aber eine Stellungnahme dazu verfassen können“, sagt Ellen Meister aus dem Autonomen Frauen*referat im AStA der UDE. Ihre Referatskollegin Merve Taskin hat sich dagegen mit dem AStA abgesprochen: „Das war deren erstes Mal. Die waren eben im Stress, wussten nicht wie es geht und haben es dann versucht. Mit der Erfahrung wird es einfacher.“ Sie sagt, dass die Autonomen Referate als Expert*innen bei der Findung der Bands hätten aushelfen können. Allerdings hatte der AStA dort gar nicht angefragt. Taskin bleibt dabei: „Ich würde nicht sagen, dass sie gar nicht drauf geachtet haben.“

„Ich finde nicht, dass es eine Entschuldigung ist, dass man etwas das erste Mal macht“, hält Meister dagegen, die auch Vertreterin der Gleichstellungsbeauftragten aus der Gruppe der Studierenden ist. Vor allem nicht, wenn man eine Band einlade, die Männersache – A Cappella mit Eiern heiße. „Auch wenn das witzig klingen soll – es ist eben trotzdem Sexismus. Und das obwohl der AStA gesagt hat, dass Sexismus auf dem Campusfest nichts zu suchen hat“, so die Frauen*referentin weiter. Ein Campusfest repräsentiere eben auch die Uni und die stünde für Gleichstellung.

Männer als Akteure – Frauen* als Freundin?

Meister hat dagegen eine Erklärung dafür, warum es so viele Männer auf die Festival-Bühnen schaffen: „Es sind wohl die gleichen Gründe, aus denen Frauen* auch in sämtlichen anderen Bereichen unterrepräsentiert sind: Wir haben ein gesellschaftliches Bild, in denen Männer die Akteure sind.“ Frauen* müssten auf der Bühne auch mehr geben als Männer, um überhaupt als Künstlerin* wahrgenommen zu werden – nicht nur als Anhängsel: „Ich habe Freundinnen*, die in Bands spielen und oft gefragt werden, ob sie die Freundin des Sängers oder Drummers seien“, so Meister.

Und wenn Frauen* mal auf der Bühne stünden, dann häufig als Sängerin: „Wobei da nicht nur das Können, das Machen, im Vordergrund steht, sondern auch das Aussehen. Das verstärkt

nur den Sexismus“, so die Frauen*-Referentin. Tatsächlich sind Namen wie Rihanna, Beyoncé oder Katy Perry bekannt – als Sänger*innen. Und auch die großen Pop-Girlbands setzen meist nur auf Körper und Stimme. Bands, die komplett aus Frauen* bestehen wie The Go-Go's, Beyond Pink, Le Tigre oder die Toten Crackhuren im Kofferraum sind bei weitem nicht so bekannt – wobei es auch Ausnahmen wie etwa die Dixie Chicks gibt.

Schaut man sich die großen deutschen Festival des Sommers 2017 an, spielten und spielen bei Rock am Ring (Rammstein, Die Toten Hosen, Sys-



Alidaxo mit Backgroundsängerin Joyce auf dem Duisburger Campusfest. Die einzige Frau auf den Bühnen. (Foto: mac)

tem of a Down), dem Hurricane Festival (Green Day, Linkin Park, Casper) und dem Deichbrand (Placebo, Kraftklub, Billy Talent) durchweg Männer als Headliner die Instrumente. Sie sollen die Massen bewegen. Immer wieder bestätigen Booker*innen in Interviews, dass bislang vor allem Männer die Fans vor die Bühne bringen.

Daran wird sich solange nichts ändern, bis FLT*I-Bands bekannter werden. Frauen*referentin Meister schlägt deshalb genau den umgekehrten Weg vor. Man sollte vor allem solche Bands für Festivals buchen: „Bei einem Festival, wo nur Männer spielen, würde es den meisten gar nicht auffallen. Weil das normal ist. Aber das ist falsch. Dieser Bruch könnte die Leute zum Nachdenken bringen.“ Für die Zukunft verweist sie auch auf Räume, in denen sich FLT*I ausprobieren können.

Damit es Frauen*, Lesben, Trans und Inter auch ohne repräsentierende Vorbilder auf die Bühne zieht, gibt es in feministischen Zusammenhängen nämlich eben solche FLT*I-Festivals. „Letztes Jahr haben wir mit einer feministischen Gruppe im AZ Mülheim das Reclaim-the-Stage-Festival organisiert. Mit Musikworkshops, Songwritingworkshops – nur für FLT*I. Damit Frauen* sich auch eben mehr trauen aus sich raus zu kommen. Weil es denen einfach von der Gesellschaft schwerer gemacht wird“, so Meister. [mac]

Nahost-Konflikt: Offen im Denken mit BDS und Terrorverherrlichung



„Gegen jeden Antisemitismus“, eigentlich eine Selbstverständlichkeit. (Symbolbild, Foto: dpe)

Am 30. Mai beschloss das Studierendenparlament (StuPa) der Universität Duisburg-Essen (UDE), dass es sich „gegen die Durchführung, Beteiligung und Förderung“ von antisemitischen Boykott-Kampagnen wie dem Boykott, Desinvestition, Sanktionen (BDS) einsetzen werde (aktuell berichtete). Das Hochschulpolitik-Referat des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) lädt am Freitag, 21. Juli, die Referenten Moshe Zuckermann und Khaled Hamad ein, um über die aktuelle „soziale und politische Lage in Palästina und Israel“ zu sprechen. Beide stehen der antisemitischen BDS-Bewegung nahe; Zuckermann gab Verschwörungstheoretikern Interviews; Hamad gilt als Unterstützer von palästinensischen Terroristen.

Auf den ersten Blick sind die Referenten unscheinbar. Der israelische Sozialwissenschaftler Moshe Zuckermann gilt als renommiert, ist gefragt für Interviews in großen Zeitungen. Khaled Hamad ist im Vorstand der Deutsch-Palästinensischen Medizinischen Gesellschaft, die sich laut deren Homepage für „medizinische und humanitäre Hilfe, sowie Verständigung zwischen deutschen und palästinensischen Institutionen“ einsetzt. Unbedenkliche Referenten könnte man meinen, auch bei der Facebook-Veranstaltung des AStA lassen sich weder ein Ankündigungstext finden noch weitere Informationen zu den Referenten.

Verschwörungstheoretische Interviewer

Wer einen Blick hinter die Kulissen wirft, entdeckt aber fragwürdige Inhalte. Moshe Zuckermann gab in den vergangenen Jahren nicht nur seriösen Portalen Interviews, sondern auch dem Verschwörungstheoretiker Ken Jebsen, der bis 2011 beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) tätig war, aber wegen wiederholter antisemitischer Äußerungen den Sender verlassen musste. Jebsen gründete sein eigenes Portal mit dem Namen KenFM und verbreitete weiter Verschwörungstheorien in Deutschland. Er relativierte den Holocaust, unterstellte Israel die „Endlösung“ im Nahost-Konflikt anzustreben und arbeitete eng mit dem antisemitischen Publizisten Jürgen Elsässer zusammen, der auch Herausgeber des neurechten Compact-Magazins ist (aktuell berichtete).

Neben Jebsen gab Zuckermann auch Stephan Bartunek von der Gruppe 42, ebenfalls ein verschwörungstheoretisches Portal, ein Interview. Er unterstellt beispielsweise zionistischen Jüd*innen eine Kollaboration mit dem Nationalsozialismus, verteidigt den rechtsoffenen Xavier Naidoo und sprach von einem „Endsieg“ für „Antideutsche“ als Naidoo 2016 wegen massiven Protesten nicht zum Eurovision Song Contest in Stockholm fahren konnte. Zuckermann sagte im Interview mit ihm am 30. Januar 2017: „Ich glaube, ein BDS kann nur dann wirklich eine Wirkung erzielen – so wie seinerzeit bei dem Apartheidsstaat in Südafrika – wenn das gesamte Land [...] boykottiert wird“. Auch an einer Konferenz des deutschen Koordinationskreises Palästina Israel (Kopi) vom 9. bis 10. Juni in Frankfurt am Main nahm er teil. Unter dem Titel „50 Jahre israelische Besatzung“ verteidigte die Konferenz sich gegen Kritik an der antiisraelischen Kampagne BDS, die zum kulturellen und wissenschaftlichen Boykott aufruft.

Intifada, Terrorismus, Märtyrertum

Auch der zweite Referent, Khaled Hamad, war neben Zuckermann bei der Kopi-Konferenz anwesend war. Hamads Einladung ist noch brisanter, denn er ist nicht nur – wie vom AStA angegeben – im Vorstand der Deutsch-Palästinensischen Medizinischen Gesellschaft, sondern auch Koordinator der Organisation The European Alliance in Defence of Palestinian Detainees. Diese fordert die Befreiung aller Palästinenser*innen in israelischen Gefängnissen, unabhängig davon, warum sie dort inhaftiert sind.

So fordert die Organisation in einem Video – das auch der angekündigte Referent Hamad teilte – die Befreiung von Marwan Barghuthi, der führend an der ersten und zweiten Intifada, also dem bewaffneten Kampf gegen Israel, beteiligt war und 2002 von den al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden zu deren Anführer ausgerufen wurde. Die al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden gelten als bewaffneter Arm der Fatah, einer Partei in den palästinensischen Autonomiegebieten, die später nach dem verstorbenen Präsidenten Jassir Arafat umbenannt wurde. Die Brigaden sind für Selbstmordanschläge und Angriffe auf zivile Ziele in Israel verantwortlich, aber auch auf Palästinenser*innen. Die Organisation wird von der EU als terroristische Vereinigung eingestuft.

Hamads Aktivitäten bei der European Alliance in Defence of Palestinian Detainees lassen sich darauf zurückführen, dass er Aufrufen weiterer palästinensischer Organisationen folgt. Auf seiner Facebook-Seite teilte Hamad kürzlich eine gemeinsame Erklärung der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) und der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), von der sich die DFLP 1969 abgespalten hatte. Dort verlangen die beiden Parteien die „Freilassung aller politischen Gefangenen“ wie Marwan Barghuthi und rufen zur Intifada auf. Desweiteren wollen die Organisationen, dass es in europäischen Großstädten Veranstaltungen gibt – wie wohl möglich am Freitag, 21. Juli, in Essen in den Räumlichkeiten der UDE. Neben dem bewaffneten Widerstand lehnt sich die DFLP ans Märtyrertum an und fordert die Bevölkerung dazu auf, den eigenen Tod in Kauf zu nehmen, um die Ziele der DFLP und PFLP durchzusetzen.

Auch die PFLP wird von der EU als terroristische Vereinigung gelistet. Trotz ihrer Abspaltung ist die DFLP als marxistisch-leninistische Partei aber auch für Anschläge in Israel verantwortlich, beispielsweise in der nordisraelischen Stadt Ma'alot 1974 (auch bekannt als Ma'alot-Massaker). Dabei wurden 21 Schulkinder von Sprengfallen der DFLP-Kämpfer getötet und mehr als 60 Schüler*innen verletzt. Kürzlich glorifizierte die DFLP zudem einen Terroranschlag vom 8. Januar 2017, als ein palästinensischer Attentäter mit einem LKW drei israelische Soldaten tötete und 17 Menschen verletzte. Dass Hamad in seiner Funktion als Koordinator bei der European Alliance in Defence of Palestinian Detainees die BDS-Kampagne unterstützt und das auch in der Vergangenheit als Vorstand der Deutsch-Palästinensischen Medizinischen Gesellschaft tat, ist dabei nur eine Randnotiz.

*Welche Positionen die hochschulpolitischen Listen, der AStA und das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Ruhr vertreten, lest ihr in einem Folgeartikel am kommenden **Mittwoch** unter www.akduell.de.*

Verjüngungskur für das Museum

Vergangenen Freitag, 14. Juli, wurde die Sektlöte gegen das Stauder eingetauscht, die Lackschuhe zu Hause gelassen und stattdessen in Sneakers im neu gestalteten Garten des Museum Folkwang getanzt. Anlass der freudigen Feierei war die Gründung von Junge Freunde des Kunstring Folkwang e.V.. Der sonst unbelebte Ort füllte sich mit über 350 Kunstinteressierten und Feierwütigen.

14 Ehrenamtliche treffen sich seit vergangenem Oktober – diskutieren, tauschen Ideen aus und organisieren. Herausgekommen ist eine gut besuchte Gründungsveranstaltung und ein Programm, das bis in das Wintersemester 2017 reicht. Geplant sind jetzt zum Beispiel Führungen, Ausflüge und Diskussionsrunden. Katharina Bruns ist eine der Aktiven. „Es war uns freigestellt, was wir hier eigentlich machen wollen. Das ist eigentlich ganz schön, dass wir keine Restriktionen gekriegt haben oder ein Programm. Dass wir dieses und jenes auf jeden Fall machen müssen, sondern wir dürfen selber entscheiden“, berichtet sie erfreut von der Anfangsphase.

Viele Museen haben neben einem allgemeinen Förderkreis oder einem Kunstring eine Abteilung für junge Interessierte, das Museum Folkwang bislang noch nicht. „Hier ist es auch schon mehrfach versucht worden, so etwas zu initiieren – aber es ist an verschiedenen Ecken leider immer wieder gescheitert“, erzählt Bruns. Christine Heim, Projektmanagerin des Kunstring Folkwang e.V., führt aus: „Es war leider nicht der richtige Zeitpunkt. Jetzt hat es sich auch ganz gut gefügt. Weil wir auch Formate hatten für jüngere Leute und dadurch auch jüngere Menschen kamen.“

Mitglied bei Junge Freunde kann jede*r zwischen 18 und 35 Jahren. „Ob Student, Auszubildender oder so ist eigentlich egal“, so Bruns. Heim ergänzt: „Junge Berufstätige natürlich auch.“ Zehn Euro kostet die Mitgliedschaft im Jahr für Studierende und Auszubildende, Berufstätige zahlen 30 Euro. Dafür winken Vergünstigungen und exklusive Veranstaltungen: „Wir haben zum Beispiel für Mitglieder jetzt

eine Fahrt am 30. Juli zur documenta organisiert. Das sind dann exklusive Veranstaltungen, an denen nur Mitglieder teilnehmen können – das ist natürlich auch das Prinzip des Freundeskreises“, so Bruns.

Doch nicht nur vereinzelte Termine wollen die Jungen Freunde planen, sie verfolgen größere Ziele: „Dass man einen Treffpunkt im Museum hat – dieses Museum ist ja doch irgendwie wenig zugänglich, was vielleicht auch an der Architektur liegt“, so Bruns. Das sei auch der Grund, warum sie die Museumswiese bei der Eröffnung bespielen wollten. Heim präzisiert: „Es geht uns auch wirklich um Eroberung von Räumen, also auch ein bisschen subversiv. Wir haben uns diesen Raum erobert, wir haben uns das Untergeschoss erobert und jetzt erobern wir uns den Außenbereich, weil wir denken: das Museum muss einfach belebt werden.“ Auch aus musealen Strukturen wolle man sich lösen.



Museum – das geht ab jetzt im Folkwang ganz entspannt. (Foto: lenz)

„Wir wollen genau diese Grenzen auflösen. Dass die Nachbarschaft sich auch einfach auf die Wiese setzt oder den Garten genießt, den wir im Zuge der Grünen Hauptstadt angelegt haben. Wir wollen das Museum näher bringen – und nicht als Kulturtempel“, so Heim.

Das besondere Potential solcher Gruppen liegt für Kunstring-Mitglied Heim auf der Hand: „Das ist die Möglichkeit, wenn junge Menschen das selbst hinaus tragen und wir nicht sagen ‚Ja, wir wollen junge Menschen im Museum haben.‘ So könnte die Zielgruppe an das Museum gebunden werden, sich dabei aber vor allem selbst entfalten. Bruns stimmt ihr zu: „Wir sind quasi die Schnittstelle. Wir wollen auch, dass Leute ihre eigenen Ideen mit einbringen und ihre Wünsche äußern.“ [lenz]

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

Projektkoordination: Alexander Steffen

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Meiko Huismann (mehu), Lorenza Kaib (lenz), Lea Sleiman (lys), Dennis Pesch (dpe), Maren Wenzel (mac)

V.i.S.d.P.: Dennis Pesch (dpe)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

	7	8		1	4			
			4	9				
2	1				3			
9			6			4	5	8
			5			6		
4	3	6			1			2
				8			9	7
					2	1		
			1	9		3	8	

WOHNHEIMGESCHICHTEN

